

Ausgabe 172, 26.05.2014

Der Newsletter **DEMOS** informiert über demografische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Politik, Entwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Abdruck von Artikeln und Grafiken ist honorarfrei. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten.

In dieser Ausgabe

Generationengerechtigkeit in Zeiten des demografischen Wandels

Die Alterung der Gesellschaft stellt den Generationenvertrag vor eine historische Herausforderung. In seinem neuen Discussion Paper untersucht das Berlin-Institut, wie sich die Kosten dieses Wandels gerechter zwischen und innerhalb der Generationen verteilen lassen.

[weiterlesen](#)

Nicht nur Deutschland betroffen

Deutschland erfährt auch aus dem Ausland viel Kritik für seine Pläne einer Rente mit 63, denn diese setzt ein falsches Signal für ein Land mit einer stark alternden Bevölkerung. Wie wichtig Anpassungen des Sozialsystems an den bevorstehenden demografischen Wandel sind, zeigt jetzt auch eine neue Studie der Weltbank.

[weiterlesen](#)

Generationengerechtigkeit in Zeiten des demografischen Wandels

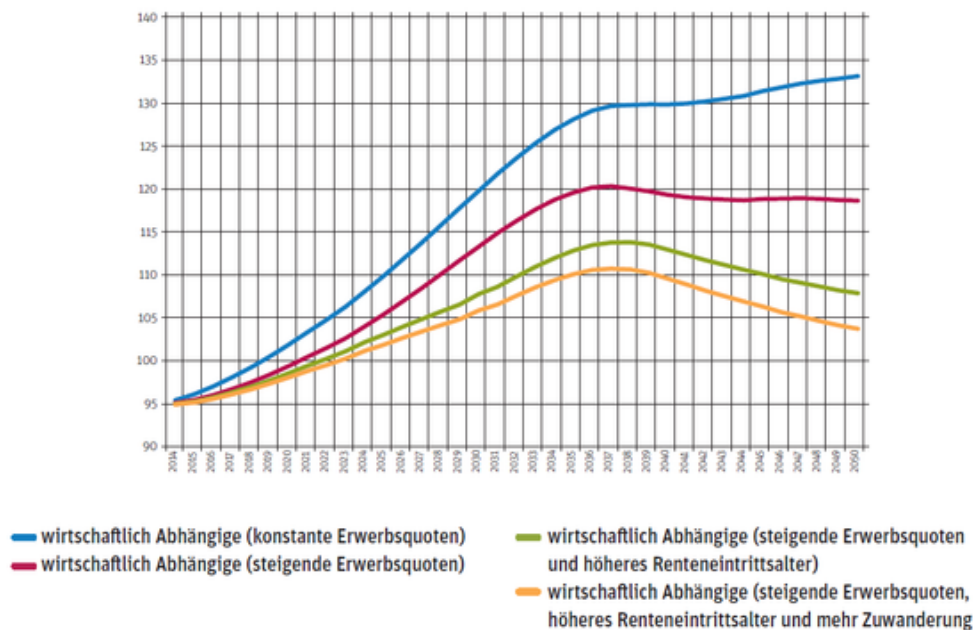
Die Alterung der Gesellschaft stellt den Generationenvertrag vor eine historische Herausforderung. In seinem neuen Discussion Paper untersucht das Berlin-Institut, wie sich die Kosten dieses Wandels gerechter zwischen und innerhalb der Generationen verteilen lassen.

Trotz vieler sozialer Probleme ist der Wohlstand in Deutschland über alle Altersstufen hinweg einigermaßen gleich verteilt. Das ist nicht selbstverständlich, denn für den Wohlstand sorgen vor allem die Erwerbstätigen. Sie kommen zudem für die noch nicht berufstätigen Kinder und die nicht mehr arbeitenden Ruheständler auf. Das garantieren die Sozialsysteme, allen voran die gesetzliche Rentenversicherung. Die Umlagefinanzierung, bei der die Rentenbeiträge der Versicherten nicht angespart, sondern direkt an die Rentenempfänger weitergereicht werden, funktioniert derzeit noch gut. Doch während das Verhältnis zwischen Netto-Zahlern und Nutznießern in Deutschland lange einigermaßen ausgewogen war, gerät es schon bald in eine Schieflage. Seit Jahrzehnten sinkende Geburtenzahlen und die steigende Lebenserwartung sorgen dafür, dass sich die Alterszusammensetzung unserer Gesellschaft massiv wandelt. Der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen wächst, jener der 15- bis 64-Jährigen schrumpft. Damit sinkt auch die Zahl der potenziell Erwerbstätigen, also jener Gruppe, die am stärksten wirtschaftlich aktiv ist und im Wesentlichen unseren Wohlstand erwirtschaftet. Sie müssen darüber hinaus eine wachsende Zahl von Rentnern und Pensionären versorgen. Denn mit Beginn des nächsten Jahrzehnts wird es zu einer beachtlichen Verrentungswelle kommen. Die ersten stark besetzten Jahrgänge der Babyboomer erreichen dann das gesetzliche Renteneintrittsalter.

Auf die Erwerbsquote kommt es an

Wirtschaftlich Abhängige pro 100 Erwerbspersonen

Datengrundlage: Eigene Berechnungen auf Grundlage von: Statistisches Bundesamt



Je größer der Anteil der wirtschaftlich Abhängigen an der Bevölkerung, desto größer die Lasten für die Erwerbsbevölkerung. Als abhängig gelten Kinder und Ältere sowie diejenigen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen – obwohl sie zwischen 15 und 64 Jahre alt und damit im Alter für Erwerbsarbeit sind. Dabei handelt es sich vor allem um Frauen und Personen über 55 Jahre. Während die Altersstruktur nur langfristig beeinflusst werden kann, kann eine gesteigerte Erwerbsquote dieser Abhängigengruppe die Lasten der jetzt Erwerbstätigen aktiv schmälern: Blicke es bei den gegenwärtigen Erwerbsquoten, würden im Jahr 2050 auf 100 Erwerbspersonen mehr als 130 wirtschaftlich Abhängige kommen. Bei steigenden Erwerbsquoten und höherer Zuwanderung läge das Verhältnis gerade einmal bei 100 zu 105. (Details zu den Szenarien siehe Seite 12 des Discussion Papers)

Absehbare Finanzierungslücken

Trotz einer Reihe verschiedener Reformen, wie der Einführung eines „Nachhaltigkeitsfaktors“ im Jahr 2004 oder der schrittweise von 2012 bis 2029 greifenden „Rente mit 67“, dürfte es zu steigenden Beitragssätzen und sinkendem Rentenniveau kommen. Wie hoch der Beitragssatz in den nächsten Jahrzehnten sein wird oder mit welcher Rente Ruheständler in Zukunft rechnen können, lässt sich nicht genau vorhersagen. Zu groß sind die Unsicherheiten, was die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosenzahlen, des Qualifikationsniveaus der Beschäftigten oder der Zuwanderungszahlen angeht. Dennoch zeigen verschiedene Szenarien in die gleiche Richtung: Je später das Geburtsjahr des Versicherten, desto weniger dürfte sich die Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung auszahlen.

Das gefährdet jedoch die Tragfähigkeit der Sozialsysteme. Denn ist das Vertrauen darauf, dass sie selbst einmal ausreichend versorgt werden, erst einmal erschüttert, sinkt die Bereitschaft der jeweiligen Netto-Einzahler zur intergenerationellen Solidarität.

Finanzierung der Vergangenheit oder Investitionen in die Zukunft?

Es ist aus Sicht der Politik bisweilen verführerisch, finanzielle Lasten auf künftige Generationen zu verschieben, etwa über Staatsschulden oder über Leistungsversprechen, die der Staat heute den Bürgern gibt und erst in Zukunft einlösen muss. Politische Entscheidungsträger neigen dazu, stärker die gegenwärtigen als die künftigen Auswirkungen ihres Handelns zu berücksichtigen und die Interessen der aktuellen Wählerschaft in den Mittelpunkt zu stellen. Im Hinblick auf die langfristige Generationengerechtigkeit ist das fatal, denn je länger notwendige Maßnahmen hinausgeschoben werden, desto mehr Lasten häufen sich an.

Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit innerhalb und zwischen Generationen sollten vielmehr darauf abzielen, einerseits die Lasten für künftige Erwerbstätige im Rahmen zu halten und diese andererseits mit möglichst viel Kapital auszustatten, damit sie die wachsenden Herausforderungen stemmen können. Zu den entscheidenden Stellschrauben bei der Bewältigung der Gerechtigkeitsprobleme zählen:

- Länger arbeiten

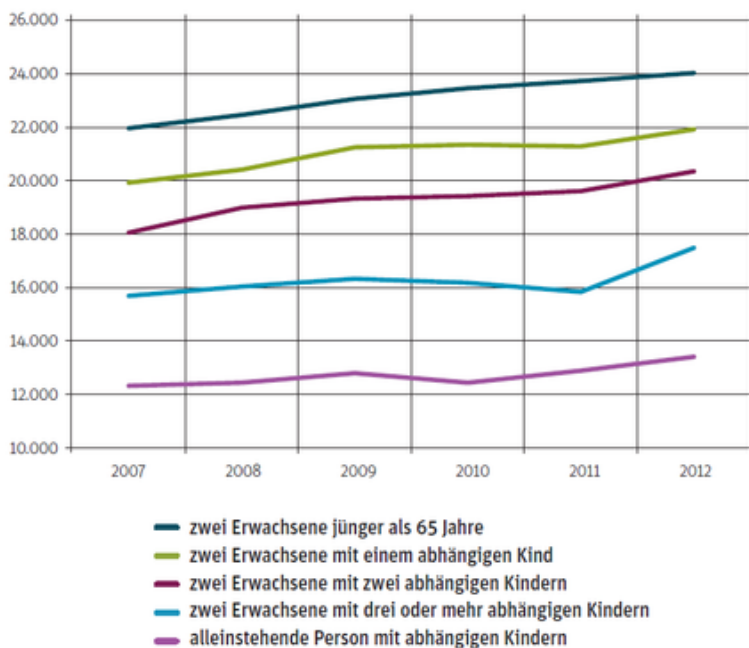
Wenn ältere Arbeitnehmer länger im Beruf bleiben, hat das gleich zwei positive Effekte auf die Rentenversicherung: Sie zahlen länger Beiträge in die Kasse ein und ihre Ruhestandszeit verkürzt sich. In den letzten Jahrzehnten wurde die Lebenszeit, die Menschen durch die steigende Lebenserwartung hinzugewonnen haben, ausschließlich der Rentenzeit zugeschlagen. Auch wenn diese Entwicklung für den Einzelnen höchst erfreulich war, ruiniert sie in der Summe die Rentenkasse.

Eine dynamische Anpassung des gesetzlichen Rentenalters an die Lebenserwartung würde dagegen die gewonnene Lebenszeit nach einem festen Schlüssel auf Erwerbsleben und Ruhestand verteilen. Beispielsweise müssten wir für jedes zusätzliche Lebensjahr acht Monate länger arbeiten. Damit würden die Kosten eines längeren Lebens gerecht zwischen den Generationen ausbalanciert und weiteren Diskussionen um das gesetzliche Rentenalter Einhalt geboten werden.

Mehr Kinder, weniger Pro-Kopf-Einkommen

Mittleres Äquivalenzgesamtnettoeinkommen verschiedener Haushaltsformen in Euro

Datengrundlage: Eurostat



Trotz immer neuer familienpolitischer Maßnahmen wird der finanzielle Spielraum für Familien mit jedem zusätzlichem Kind im Haushalt kleiner. Das größte Pro-Kopf-Einkommen steht Paaren ohne Kinder zur Verfügung. Alleinerziehende sind bei weitem am schlechtesten gestellt. Im Jahr 2012 machte das Einkommen aller Familienformen, vor allem aber das der Großfamilien, einen kleinen Sprung nach oben. Seitdem können Familien Betreuungskosten leichter absetzen und erhalten auch dann noch Kindergeld, wenn das Kind während seiner ersten Ausbildung bereits selbst Geld verdient.

- Familien entlasten

Dass genügend Menschen Kinder bekommen und so in die nächste Generation investieren, ist eine Voraussetzung für den Fortbestand des Generationenvertrages. Von Kindern als späteren Beitragszahlern profitieren alle, nicht nur die Eltern. Diese aber tragen die direkten und indirekten Kosten des Erziehungsaufwands zu einem erheblichen Teil selbst. Es liegt im Interesse des Gemeinwesens, Menschen mit Kindern zu entlasten und ihre Erziehungskosten zu senken. Der Ausbau einer kostengünstigen, hochwertigen Betreuungsinfrastruktur von der Kinderkrippe bis zur Ganztagschule trägt viel dazu bei. Ein umfangreiches Betreuungsangebot hat zudem positive Nebeneffekte: Weil sich dadurch Beruf und Familienarbeit besser vereinbaren lassen, entscheiden sich mehr Mütter für eine Erwerbstätigkeit, zahlen mehr Steuern und finanzieren den Mehraufwand im Betreuungssystem dadurch zu einem großen Teil selbst. Hochwertige Kitas oder Nachmittagsbetreuungen sorgen außerdem für spätere Bildungserfolge der Kinder.

- In die Zukunft investieren

Ein hohes Bildungsniveau der Bevölkerung ist eine entscheidende Voraussetzung für ein langfristig tragfähiges Sozialsystem. Die Versorgungsansprüche aus dem Generationenvertrag sind beim Umlageverfahren nicht durch einen Kapitalstock gedeckt, sondern werden laufend

von den jeweiligen Erwerbstätigen finanziert. Je mehr sie erwirtschaften können, desto mehr kann umverteilt werden. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft mit schrumpfender Erwerbstätigenzahl spielt Bildung eine entscheidende Rolle. Das Altern und Schrumpfen der Bevölkerung wird unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen stellen und ein „weiter so“ ist besonders bei den sozialen Sicherungssystemen kaum denkbar. Die wachsende Zahl an Rentnern und der steigende Bedarf an ambulanter und stationärer Pflege sowie an medizinischen Leistungen werden die Kosten in den sozialen Sicherungssystemen weiter anschwellen lassen.

Ob es dabei zu Konflikten zwischen oder innerhalb der Generationen kommt, wird maßgeblich davon abhängen, als wie gerecht die Lastenverteilung empfunden wird. Je mehr Menschen sich an der Finanzierung beteiligen, je leistungsfähiger sie sind und je stärker auch die Kindererziehung als unverzichtbarer Beitrag zum Fortbestand des Generationenvertrages gewürdigt wird, desto geringer dürfte das Konfliktpotenzial sein und desto eher werden kommende Erwerbsgenerationen in der Lage und auch bereit sein, die finanziellen Lasten zu tragen.

Das vollständige Discussion Paper finden Sie [hier](#).

Nicht nur Deutschland betroffen

Deutschland erfährt auch aus dem Ausland viel Kritik für seine Pläne einer Rente mit 63, denn diese setzt ein falsches Signal für ein Land mit einer stark alternden Bevölkerung. Wie wichtig Anpassungen des Sozialsystems an den bevorstehenden demografischen Wandel sind, zeigt jetzt auch eine neue Studie der Weltbank.

Laut den Studienergebnissen stellt sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens die Frage, wie sie einen Schwund der Erwerbsbevölkerung bei gleichzeitig starkem Anstieg der Zahlen an Rentnern und Pensionären verkraften können. Die Weltbank empfiehlt diesen Ländern, das Rentenalter anzuheben, ältere Arbeitnehmer etwa durch Weiterbildungsprogramme länger produktiv zu halten und Zuwanderung stärker zu fördern.

Die Studie der Weltbank erreichen Sie [hier](#).

Hinweis in eigener Sache:

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist eine Stiftung mit dem Zweck, Forschung zu demografischen Veränderungen zu betreiben und das öffentliche Wissen über gesellschaftliche Prozesse zu verbessern. Das unabhängige Berlin-Institut erhält für seine Arbeit keinerlei öffentliche Förderung. Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts.

Bankverbindung:

Bankhaus Hallbaum
BLZ 250 601 80
Konto 20 28 64 07

BLZ 250 601 80
Konto 20 28 64 07

Online spenden per Lastschriftverfahren

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Reiner Klingholz

E-Mail: reiner.klingholz@berlin-institut.org

Telefon: 030 - 22 32 48 45

Impressum:

Der Newsletter DEMOS wird herausgegeben vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Für die Redaktion sind Dr. Reiner Klingholz und Ruth Müller verantwortlich.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Ruth Müller

E-Mail: ruth.mueller@berlin-institut.org

Telefon: 030 - 31 01 74 50